

Die Kommune

Es wird viel herum geredet über die „Gemeinschaft“. Man spricht von Gemeinschaftsfürsorge, Gemeinschaftsprogrammen, usw. - genau dann, wenn die ökonomische Entwicklung jede natürliche Basis für Gemeinschaft zerstört. Eine Gemeinschaft kann nur existieren auf der Basis von kooperativ aufgeteilter Aktivität. In den heutigen Städten haben wir es meistens nicht mit Gemeinschaften, sondern Wohngegenden zu tun, aus denen heraus sich die Menschen bewegen um in der City oder in anderen Städten zu arbeiten. Dort, wo sie leben, kennen sie kaum ihre Nachbarn; ihre Freunde leben oft in ganz anderen Gegenden, Arbeits- und Lebensräume werden getrennt und die Menschen treten in Kontakt mit Arbeitskollegen, die Meilen weit entfernt wohnen. Nur für Kinder, die in eine Schule ihres Wohngebiets gehen, existiert die Gemeinschaft. Unter den Müttern findet die Gemeinschaft ihren Widerhall. Aber wenn die Kinder größer werden, entgleitet ihnen die Gemeinschaft von Gleichaltrigen.

Dies führt unvermeidlich zu einer Intensivierung individualistischer Werte, die gut zum Kapitalismus passen, dem Sozialismus jedoch wenig förderlich sind. Dieser Individualismus wird durch die langen Jahre des Friedens begünstigt, in denen Generationen, ohne Disziplin und militärischen Zusammenhalt zu kennen, aufgewachsen sind. Der Sozialismus braucht für sein Gedeihen Wurzeln in der Gemeinschaft. Er braucht Gemeinschaften, in denen Menschen daran gewöhnt sind zu kooperieren und für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Aber die Gemeinschaft fällt nicht vom Himmel. Sie braucht eine ökonomische Abstützung. Es muss Institutionen geben, die die Menschen zusammenbringen um sich mit realen Bedürfnissen auseinander zu setzen, und die eine bessere Auseinandersetzung ermöglichen als die Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft.

In den sozialistischen Ländern fand der ehrgeizigste Versuch für die Entwicklung von Gemeinschaftsinstitutionen während der Periode der Volkskommunen in China statt. Dieses größte Kooperativen-Experiment in der Geschichte bezog 800 Mio. Menschen ein. Die Kommunen waren groß und hatten oft mehr als 30.000 Mitglieder. Sie betrieben Landwirtschaft und arbeiteten in der Leichtindustrie und kümmerten sich um Erziehung und Gesundheitsvorsorge. Durch ihre Milizen brachten sie das Element der militärischen Erziehung und Verteidigung mit ein. Sie waren auch Bestandteil der Selbstverwaltung. Die Kommunen wurden in China gebildet um das System der häuslichen Landwirtschaft zu ersetzen und sie ermöglichten die Entwicklung von Landwirtschaftsverbesserungsprogrammen und Sozialfürsorge, die über den Rahmen der häuslichen Landwirtschaft hinausgingen. Im Zusammenhang mit der Kommune gab es einen deutlichen Fortschritt in der sozialen Stellung der Frauen.

Die Idee der Kommune muss, wenn wir sie auf fortgeschrittene Industriegesellschaften anzuwenden versuchen, offensichtlich beträchtlich modifiziert wer-

den. Da heute wenig Menschen in der Landwirtschaft arbeiten, müssen wir in Begriffen von städtischen Kommunen denken.

Die Aktivitäten der städtischen Kommunen

Die Hauptfunktion von Kommunen ist die Ersetzung der Familie. Chinesische Kommunen ersetzten die Familie als landwirtschaftliche Einheit; moderne städtische Kommunen werden die mehr rudimentären ökonomischen Rollen der bürgerlichen Familien ersetzen müssen. Da ein Großteil der ökonomischen Aktivitäten einer Stadtbevölkerung auf die Befriedigung eines weiten Feldes einer Ökonomie abzielt, hat eine Stadt oder ein Stadtteil nicht den Grad interner Selbstversorgung, der für die chinesischen Kommunen charakteristisch war.¹ Aus diesem Grund konzentrieren wir uns auf ihre potenzielle Rolle die häusliche Ökonomie zu ersetzen. Wir schließen dabei nicht die Möglichkeit aus, dass ähnliche Organisationsprinzipien auf einen weitaus größeren Bereich von kleinen Städten und großen Dörfern anwendbar sein könnten.

Wir sollten jedoch vorab klar stellen, dass wir keine Zwangskollektivierung ins Auge fassen. Hier geht es darum die theoretischen Möglichkeiten für Formen des Gemeinschaftslebens zu erforschen. Die Bürger des zukünftigen sozialistischen Gemeinwesens werden die Möglichkeiten in der Praxis erproben. Die Kommunen werden nur aufblühen, wenn sie ihre Attraktivität als Alternative zum bürgerlichen Familienleben erweisen können.

Wir listen nun die Aktivitäten auf, um die herum die Kommune die Familie ersetzen könnte:

- (1) Wohnen
- (2) Nahrungszubereitung
- (3) Kinderfürsorge
- (4) Einige Freizeitaktivitäten
- (5) Altenhilfe

Prüfen wir diese Bereiche und die Fragen, die sich hier ergeben.

Die erste Frage, eine Frage, deren Beantwortung sich auf alle anderen auswirkt: Wieviel Mitglieder sollte eine Kommune umfassen? Wir gehen davon aus, dass sie viel kleiner ist als das chinesische Modell - vielleicht von 50 bis zu ein paar hundert Erwachsenen. Diese Größe lässt sich aus ökonomischen Gründen rechtfertigen, wobei wir die verschiedenen Bereiche der kommunalen Aktivitäten der Reihe nach durchgehen.

Wohnen

Wir nehmen an, dass die Kommune ihre Mitglieder mit Wohnungen versorgt. Es gibt bereits Wohnungsbaugenossenschaften, die das tun, aber in diesen Fällen wird nicht versucht, in die Hauswirtschaft einzugreifen. Daher bleibt in einer Genossenschaft die äußere Form der Wohnungen in ihrer Orientierung auf die

¹Die chinesischen Straßen und Gassen in der Stadt hatten eine ähnliche ökonomisch-politische Funktion wie die der Kommunen auf dem Land.

herkömmliche Familie bestehen. Die Genossenschaft stellt eine Anzahl von individuellen Wohnungen für die Haushalte ihrer Mitglieder bereit. Eine Kommune sollte für die einzelnen Mitglieder Unterkünfte bereitstellen, die einem größeren Kommunehaus angepasst sind.

Das kommunale Wohnungswesen in der UdSSR war verbunden mit Überbelegung und unzureichenden Einrichtungen. Die kommunalen Wohnungen waren klein und nicht zweckmäßig gebaut. Damit das kommunale Wohnungswesen eine attraktive Voraussetzung darstellt, muss es den Einzelnen so viel privaten Raum anbieten, wie sie ihn beim familiären Wohnen zur Verfügung haben können, gleichzeitig aber mit Zugang zu mehr kollektivem Raum als sie ihn davor zur Verfügung hatten. Wir gehen davon aus, dass jedes einzelne Kommunemitglied mindestens einen Raum für seinen ausschließlich eigenen Gebrauch haben sollte. Es wäre wahrscheinlich wünschenswert, dieses Prinzip auf alle nachpubertären Mitglieder einer Kommune auszuweiten.

Gemeinschaftliches Leben erfordert offensichtlich andere Gebäudetypen. Die Doppelhaushälfte in der Vorstadt oder die Wohnung im Hochhaus sind auf ihre Art der Kernfamilie angepasst. Kommunen werden einen neuen Typ von Architektur entwickeln müssen. Eine interessante und wichtige neuerliche Diskussion wird von Durrett und McCamant (1989) geführt, die auf ihrem Studium der dänischen *bofoellesskaber* oder *living communities* basiert. Diese Architekten legen nicht genau den Grad von Gemeinschaftlichkeit zu Grunde, den wir vorschlagen, aber ihr Konzept von co-housing schließt Einrichtungen für gemeinsame Mahlzeiten und Kinderpflege, gleichzeitig gemeinschaftliche Läden, Waschmöglichkeiten, Dunkelräume für Fotografie usw. mit ein. Möglicherweise kann man auch aus der Architektur religiöser Gemeinden oder Kollegs lernen (obwohl beide Gebäudetypen ursprünglich für das Zölibat gedacht sind und es ihnen an Raum für Kinder mangelt).

Nahrungszubereitung

Wir nehmen an, dass die Mitglieder einer Kommune Tischgenossen sind, also mindestens zeitweise zusammen essen. Dies bedeutet die Existenz von gemeinsamen Küchen und einem Speiseraum, von Eigentum oder zumindest Verfügung über eine umfassende Kochausrüstung und eine Verteilung der Arbeit bei der Essenzubereitung. Wir können zwei grundlegende Prinzipien ins Auge fassen, nach denen die Organisation des Essens durchgeführt wird. Beide entsprechen kommunistischen Prinzipien in weiterem Sinne. Im einen Fall wird die Kommune einige ihrer Mitglieder als vollzeitbeschäftigte bezahlte Köche anstellen, während es im anderen Fall einen Arbeitsplan mit wechselnden Aufgaben geben wird. Wir stellen weiter unten die relativen Vorzüge dieser Systeme dar.

Die Größe der Kommuneeinheit ermöglicht eine Nahrungszubereitung im größeren Maßstab als es in einem isolierten Haushalt üblich ist. Beispielsweise ist die tägliche Brotherstellung in einem individuellen Haushalt unökonomisch, aber für 100 Menschen ist sie sinnvoll.

Kinderfürsorge

Die Kommunen sollten so groß sein, dass mindestens ein Kindergarten und vielleicht eine Grundschule betrieben werden können. Die großen ökonomischen

Vorteile einer angemessenen gemeinschaftlichen Kinderfürsorge sind offensichtlich. Sie wird einen bedeutenden Prozentsatz der weiblichen Bevölkerung von der individuellen Kindererziehung, einer Aktivität mit geringer Arbeitsproduktivität, freistellen. Diese Frauen können sich dann einer gesellschaftlicher Arbeit mit einer höheren Produktivität widmen. Dadurch sind sie mehr der Gesellschaft verpflichtet und haben ein unabhängiges Einkommen.

Einige Freizeitaktivitäten

Wir gehen davon aus, dass den Kommunen Mittel für bestimmte Sport- und Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen werden, die heute nur den höheren Klassen vorbehalten sind. Eine Kommune von, sagen wir, 100 Personen sollte in der Lage sein sich ein Schwimmbad zu leisten, eine kleine Turnhalle oder zwei Ponies für die Kinder. Der Garten könnte ausgerüstet sein mit Wippen, Klettergerüsten, usw.. Es könnte ökonomisch sein, Gemeinschaftsräume einzurichten, in denen Platz für Musik und Tanz ist. Dinge wie Segelboote, die für die meisten Einzelpersonen unerschwinglich sind, könnte sich die Kommune leisten. Eine städtische Kommune könnte ein Haus auf dem Land besitzen, das die Mitglieder in den Ferien benutzen könnten. Sie könnten ein oder zwei Minibusse besitzen und eine Anzahl von Autos und Fahrrädern für den Transport.

Altenhilfe

Die Grundstruktur des gemeinschaftlichen Lebens wie kollektives Kochen und die Anwesenheit von jungen gesunden Erwachsenen im Haus wäre eine beträchtliche Hilfe für die Älteren. Wenn Putz- und Wäschedienste auch von der Kommune bereit gestellt würden, könnten die älteren Mitglieder ohne das Stigma und die Isolation, die mit dem Eintritt in ein separates Altersheim verbunden sind, davon profitieren. Älteren Mitgliedern, die noch leistungsfähig sind, würde die Kommune Aktivitäten ermöglichen, die sie weiterhin eine aktive und produktive Rolle in der Gesellschaft spielen lassen könnten, anstatt unter dem erzwungenen Müßiggang des Rentnerdaseins zu leiden.

Das Grundprinzip hinsichtlich der Effizienz

Das Grundprinzip der Kommunen besteht darin durch optimalen Umfang Kostenersparnisse zu erreichen. Dies macht sie den individuellen Haushalten überlegen. Gemeinschaftliche Kindererziehung spart zunehmend Arbeit und kann als befreiend erlebt werden. Offensichtlich ist: Wenn das Gegenteil wahr wäre und das Kommuneleben zu einer größeren Anzahl von Personenstunden für die Beaufsichtigung der Kinder führen würde, bräuchte man andere sehr zwingende Gründe um es zu rechtfertigen. Die ökonomische Effizienz der Kommune hat zwei Aspekte: die Ökonomie der lebendigen Arbeit und die Ökonomie der Produktionsmittel. Die Ökonomie der lebendigen Arbeit entsteht, weil die grundlegende Arbeit des Kochens oder der Kinderfürsorge in der existierenden Kleinfamilie nicht im effizientesten Ausmaß ausgeführt wird. Das Abendessen für 50 Menschen zu bereiten beansprucht weniger Arbeit als wenn 50 Menschen ihr eigenes Abendessen kochen. Realistischer ist es, wenn wir sagen, dass das

gemeinschaftliche Kochen für 50 Menschen weniger Arbeit benötigt als wenn diese 50 Menschen in 20 Haushalten aufgeteilt sind, wie es heute der Fall ist.

Die Ökonomie der Produktionsmittel ist ein wenig subtiler. Betrachten wir das Problem zur Toilette zu gehen. In einer typischen britischen Wohnung ist nur eine Toilette, normalerweise im Bad. Wenn ein anderes Haushaltsmitglied gerade badet, kann sich das als frustierend heraus stellen. Wenn andererseits 50 Menschen in einem großen Haus mit 20 Toiletten leben, ist die Chance, dass sie alle besetzt sind, minimal. Tatsächlich sollte es möglich sein, die Anzahl von Toiletten pro Kopf zu reduzieren und doch sicher zu stellen, dass immer eine frei ist. Der Raum und die Zeitressourcen, die bezüglich Toiletten gespart werden, können dann für andere Aktivitäten genutzt werden.

Das Argument bezüglich der Toiletten kann auf andere Einrichtungen erweitert werden. Eine Kommune könnte die Einrichtung einer kleinen internen Telefonanlage rechtfertigen und wird weniger Außenanlagen benutzen als die zahlenmäßig vergleichbare Bevölkerung, die aufgeteilt ist in einzelne Häuser, von denen jedes ein eigenes Telefon hat. Dasselbe Argument lässt sich auf Büroausrüstungen wie Computer und Kopierer beziehen, die ein Haushalt allein nicht adäquat nutzen könnte, die aber von einer Kommune effizient genutzt werden könnten. Für einen Prozentsatz ihres Einkommens, den sie für dauerhafte Güter ausgeben, bekommen die Mitglieder der Kommune Zugang zu einer größeren Anzahl von Einrichtungen als jemand in einem individuellen Haushalt.

Unser Vorschlag, dass die städtische Kommune kleiner sein sollte als die chinesische Volkskommune, geht aus von der Annahme, dass sich der ökonomische Vorteil, der oben diskutiert wurde, bei einer Größe von einigen Hundert Mitgliedern mehr oder weniger erschöpft. In der Ökonomieliteratur bezieht sich das Konzept der „ökonomischen Mindestgröße“ auf die kleinste Größe eines Betriebes, die alle wesentlichen Größenvorteile in einer bestimmten Industrie erreicht. Die ökonomische Mindestgröße kann in verschiedenen Industriezweigen ziemlich stark variieren; zum Beispiel ist er für Ö raffinerien viel größer als für den Spritzguss für Plastikspielzeug. Wenn wir die ökonomische Mindestgröße für städtisches Kommuneleben - so unsere Idee - herausgefunden haben, macht es keinen Sinn die Kommunen weiter zu vergrößern. „Small is beautiful“ mag ein ziemlich abgedroschener Slogan sein, aber es ist klar, dass das Fassen kollektiver demokratischer Beschlüsse und das Abstimmen gegenseitiger Anliegen leichter in kleineren Gemeinschaften zu erreichen sind, und für die Kommune kommt es auf das Suchen nach diesen weniger greifbaren Gewinnen genauso an wie auf ökonomische Effektivität.

Systeme der Bezahlung und der externe Austausch

In China wurden die Mitglieder der Kommune in Arbeitseinheiten bezahlt. Dies waren interne Rechnungseinheiten, über die die Kommune Buch führte. In der Erntezeit erwarben die Menschen ein Anrecht auf den Teil der Ernte, der der Summe der Arbeit, die sie während des Jahres verausgabten hatten, entsprach. Die Arbeitseinheiten der Kommunebuchführung waren verschieden vom Yuan, der nationalen Währung Chinas. Die damaligen Einheiten bedeuteten einen Anspruch auf die Ressourcen der Kommune, das Mitglied hatte aber keinen direk-

ten Anspruch auf nationale Ressourcen. Dieses grundlegende Prinzip ist allgemein anwendbar auf ökonomische Systeme, die auf einer Hierarchie von Gemeineigentum beruhen. Sehen wir uns an, wie das in einem System von städtischen Kommunen aussehen könnte.

Die Arbeit der Kommunemitglieder könnte in zwei Klassen aufgeteilt werden: Arbeit, die innerhalb der Kommune erledigt wird, und Arbeit für die nationale Wirtschaft. Dies kann der Aufteilung der Mitglieder in jene, die hauptsächlich für die nationale Wirtschaft arbeiten, und solche, die hauptsächlich für die Kommune arbeiten, entsprechen oder auch nicht. Arbeit für die nationale Ökonomie schafft Werte in Form von Gütern oder Leistungen. Diese Güter und Leistungen gehören in erster Linie dem Volk, und die nationale Gemeinschaft teilt denjenigen, die ihre Arbeit gemacht haben, Arbeitsgutscheine zu. Diese Arbeitsgutscheine ermöglichen es denjenigen, die gearbeitet haben, in den Läden Güter zu beziehen, die den entsprechenden Wert haben. Hier taucht die Frage auf: Wenn ein Mitglied der Kommune für die nationale Wirtschaft arbeitet, wird ihm für geleistete Arbeit ein persönlicher Kredit für nationale Arbeitsgutscheine gegeben oder werden diese Scheine an seine Kommune gegeben?

Im Prinzip kann jedes System benutzt werden. Wenn Einzelpersonen die nationalen Arbeitsscheine erhalten, dann erhebt die Kommune eine Mitgliedssteuer auf sie. Im zweiten Fall wird die von den Kommunemitgliedern geleistete Arbeit als Eigentum der Kommune behandelt. In ähnlicher Weise ist die Arbeit, die von Angestellten eines Subunternehmers in einer kapitalistischen Wirtschaft verrichtet wird, das Eigentum des Subunternehmers. Wenn J&M Consultants PLC der Regierung Beratungsdienste leistet, dann bezahlt die Regierung J&M, nicht J&M-Angestellte. Den Angestellten wird dann ein Teil des Erlöses bezahlt, nachdem J&M einen Profit abgeschöpft hat.

Im Falle der Kommune träte dabei keine Ausbeutung auf, aber ein ähnliches Prinzip würde angewendet: die Arbeitserträge, die zur nationalen Wirtschaft „exportiert“ werden, gehören der Kommune als Ganzes, nicht dem einzelnen, der die Arbeit geleistet hat. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt darin, dass es interne und externe Arbeit gleichstellt. Wenn ich einen Arbeitstag in den Kommuneküchen leiste oder wenn ich einen Arbeitstag in der nationalen Wirtschaft leiste, werde ich als Individuum von der Kommune mit Kommunearbeitseinheiten bezahlt. Diese Einheiten können benutzt werden um damit meine Kommunebeiträge zu bezahlen, Mahlzeiten in der Kommuneküche zu bezahlen, oder sie können in nationale Arbeitsgutscheine umgewandelt werden zur gerade gültigen Tauschrate. Wir erwähnen die Tauschrate, weil nicht unmittelbar einsichtig ist, dass Kommunen interne Arbeitseinheiten paritätisch zu nationalen Arbeitsscheinen einlösen können. Um diesen Punkt zu verstehen, müssen wir die Rechnungsführung der Kommune systematisch untersuchen.

Als erstes betrachten wir die Kommune als Ganzes. Nehmen wir an, der Kommune sind nationale Arbeitsgutscheine in Höhe der Summe der Stunden externer Arbeit, die Kommunemitglieder im Laufe des Rechnungszeitraums verrichtet haben, gut geschrieben. Nationale Steuern mögen entweder individuell oder kollektiv erhoben werden. Da wir unter der Voraussetzung argumentieren, dass die Einkommen aus nationalen Arbeitsgutscheinen direkt der Kommune ausgezahlt werden, werden wir zusätzlich annehmen, dass die Steuerpflicht kollektiv behandelt wird.

In diesem System besteht das Bruttoeinkommen der Kommune an nationalen Arbeitsgutscheinen aus der Gesamtanzahl von Stunden externer Arbeit, die

von Kommunemitgliedern verrichtet wurde. Ihr Nachsteuernettoeinkommen ist gleich dem Bruttoeinkommen minus der gesamten Verpflichtung an nationaler Steuer der Kommunemitglieder über denselben Zeitraum. Nach dem kollektiven Einkauf nationaler Güter hat die Kommune einen Verteilungsfonds übrig. Dies ist das Gesamtquantum an nationalen Arbeitsgutscheinen, das für die Verteilung an die Kommunemitglieder zur Verfügung steht und diese in die Lage versetzt nationale Güter individuell zu kaufen.

Betrachten wir nun das individuelle Kommunemitglied. Wenn die Kommune in ihrer internen Rechnungsführung alle Arbeiten paritätisch behandelt, können wir einfach die Arbeitsstunden innerhalb und außerhalb der Kommune addieren um ihre Gesamtverteilung zu bestimmen. Nehmen wir mal an, für die Kommunardin Jane wären das 36 Stunden. Nun haben wir ihre Verpflichtung für den kollektiven Fonds der Kommune auszurechnen. Dieser Fonds muss die oben genannten externen Auslagen (nationale Steuer und kollektiver Einkauf nationaler Güter) abdecken, aber zusätzlich muss er auch all die innere kollektive Arbeit abdecken, die für die Versorgung nichtproduzierender Mitglieder und für elementare Kommunendienste wie Säubern und Instandhaltung der Kommuneeinrichtungen benötigt wird. Unsere einzelne Kommunardin wird mit einem Fondsanteil von, sagen wir, 12 Stunden, veranlagt. Ihr werden dann $36 - 12 = 24$ Arbeitsstunden gutgeschrieben. Sie kann diese Arbeitsstunden benutzen um nichtelementare Güter und Dienste zu kaufen (d.h. solche, mit denen man nicht auf Grund seiner Mitgliedschaft versorgt wird, sondern die gesondert belastet werden, wie vielleicht Mahlzeiten oder Haarschnitt). Oder sie wandelt sie in nationale Arbeitsgutscheine um, um extern produzierte Güter zu kaufen. Hier taucht die Frage nach der Austauschrate auf.

Angenommen, unsere Kommunardin möchte den Wert von 16 Arbeitsstunden, als Arbeitseinheiten innerhalb der Kommune gerechnet, in nationale Arbeitsgutscheine umwandeln. Andere Mitglieder möchten ebenfalls einige ihrer Arbeitseinheiten umwandeln. Unter welchen Bedingungen wird angesichts einer bestimmten Gesamtnachfrage für solche Konversionen die Kommune in der Lage sein ihre internen Arbeitseinheiten paritätisch zu den nationalen Arbeitsgutscheinen einzulösen? Dies hängt vom Verhältnis der totalen Nachfrage und dem oben besprochenen Verteilungsfonds ab. Wenn diese Größen zufällig gleich sind, gibt es kein Problem - die Nachfrage für nationale Arbeitsgutscheine ist bei einer Austauschrate von 1:1 gleich dem verfügbaren Angebot. Zeitweilige zufällige Divergenzen zwischen Nachfrage und Verteilungsfonds brauchen auch kein Problem zu sein, vorausgesetzt, die Kommune hat einen Pufferbestand an Arbeitsgutscheinen zur Hand (vielleicht in Form von Spareinlagen - siehe Kapitel 7). Wenn sich jedoch eine andauernde Diskrepanz ergibt, wird es der Kommune nicht möglich sein die freie paritätische Umwandlung der Arbeitseinheiten zu gewährleisten. Wenn die Nachfrage den Verteilungsfonds übersteigt, wird die Kommune die Arbeitseinheit „abwerten“ müssen. Wenn der Verteilungsfonds beispielsweise einen Wert von 1000 nationalen Stunden hat, die Nachfrage aber 1200 Arbeitseinheiten pro Zeitraum beträgt, ergibt sich eine Austauschrate von 1,2 internen Arbeitseinheiten pro nationalem Arbeitsgutschein.

Um diese Frage weiter zu untersuchen, kann es nützlich sein eine anschauliche Zusammenstellung der Arbeitszeitrechnung einer Kommune, wie sie Tabelle 12.1 zeigt, zu besprechen. Wie man der Tabelle entnehmen kann, ist die Gesamtheit der verfügbaren Arbeitseinheiten gleich der Summe (a) des Verteilungsfonds (wie oben besprochen) und (b) der Gesamtheit der verrichteten

nicht-elementaren internen Arbeit. (Zur Definition des zweiten Ausdrucks siehe die Bemerkung in der Tabelle.) Im Beispiel ist der gemeinsame Wert für beide Größen gleich 2200 Stunden, jedoch ist ihre Gleichheit nicht der Besonderheit der ausgewählten Zahlen geschuldet - sie folgt aus den postulierten abrechnungsbedingten Beziehungen, solange der kollektive Fonds der Kommune sich im Gleichgewicht zwischen Gesamtbeiträgen und Gesamtausgaben befindet.

Tabelle 12.1 Anschauliche Zusammenstellung der Buchführung
einer Kommune

1. Bestimmung des Verteilungsfonds	
externe Arbeitsguthaben	3000
<i>minus</i> Steuerpflicht	1100
<i>minus</i> kollektiver Einkauf	900
<i>ergibt</i> Verteilungsfonds	1000
2. Von der Kommune gutgeschriebene Arbeitseinheiten	
externe Arbeit	3000
<i>plus</i> interne Arbeit, davon	
elementar*	1800
nicht-elementar*	1200
<i>ergibt</i> insgesamt	6000
3. Kollektive Fondsverpflichtungen	
Steuerpflicht	1100
<i>plus</i> kollektive Einkäufe	900
<i>plus</i> elementare interne Arbeit	1800
<i>ergibt</i> kollektive Fondsausgaben	3800
4. Bestimmung der gesamten verfügbaren Arbeitseinheiten	
Gesamtheit der gutgeschriebenen Arbeitseinheiten (aus 2.)	6000
<i>minus</i> kollektive Fondsbeiträge (gleich den kollektiven Fondsausgaben aus 3.)	3800
<i>ergibt</i> verfügbare Arbeitseinheiten	2200

(*) „Elementare“ interne Arbeit bezieht sich auf Arbeit, deren Produkt den Kommunemitgliedern als ein Recht zur Verfügung steht, während das Produkt „nicht-elementarer“ interner Arbeit im Prinzip an die Mitglieder durch spezifische Lastschriften im Konto ihrer verfügbaren Arbeitseinheiten „verkauft“ wird.

Unter der Voraussetzung eines ausgeglichenen kollektiven Fonds können wir nun sehen, was für die Aufrechterhaltung einer Austauschrate von 1:1 zwischen Arbeitseinheiten und nationalen Arbeitsgutscheinen erforderlich ist. Die Kommunarden können mit ihren verfügbaren Arbeitseinheiten nur zwei Dinge tun: sie für Produkte nicht-elementarer interner Arbeit ausgeben oder sie in nationale Arbeitsgutscheine umwandeln.² Wenn die Ausgaben der Mitglieder für Arbeitseinheiten interner nicht-elementarer Güter und Dienste gleich der Summe der gutgeschriebenen Arbeit in diesem Bereich ist, entspricht die Nachfrage nach Umwandlungen in nationale Arbeitsgutscheine genau dem verfügbaren Verteilungsfonds, und damit wäre eine Austauschrate von 1:1 möglich. In Tabelle 12.1 haben wir es bei 2200 verfügbaren Arbeitseinheiten mit einem Verteilungsfonds

²Die Leute möchten möglicherweise nicht ihr gesamtes Einkommen im Laufe einer Periode ausgeben, wir gehen jedoch davon aus, dass sie ihre kommunalen Arbeitseinheiten als solche nicht „sparen“ können. Wer sparen möchte, muss zunächst nationale Arbeitsgutscheine erwerben. (Über Formen des Sparens siehe Kapitel 7.)

von 1000 und 1200 Stunden, die für nicht-elementare interne Arbeit gutgeschrieben wurden, zu tun. Wenn 1200 der verfügbaren Arbeitseinheiten für Produkte nicht-elementarer interner Arbeit ausgegeben werden, sind Nachfrage und Angebot an nationalen Arbeitsgutscheinen gleich 1000.

Hier nun die drei Bedingungen für die Aufrechterhaltung einer paritätischen Austauschrate: die Buchführung der Kommune muss korrekt sein; es muss ein ausgeglichener kollektiver Fonds (im Durchschnitt) vorhanden sein und es muss gerade so viel nicht-elementare Arbeit wie die Nachfrage der Kommunemitglieder budgetiert werden. Ein dauerhafter Mangel an verteilbaren Arbeitsgutscheinen - bezogen auf die Nachfrage auf der Basis einer Austauschrate von 1:1 - zeigt die Verletzung einer oder mehrerer dieser Bedingungen an. Angenommen z. B., die Kommune kreditiert mehr nicht-elementare Arbeit in den Küchen als sie an Bezahlungen für Essen „einsammelt“ - dann wird es eine übermäßige Nachfrage für Umwandlungen in Arbeitsgutscheine geben, was zur Senkung der Austauschrate auf einen Wert unterhalb der Parität treibt. Das könnte ein einfaches Buchführungsproblem sein. Vielleicht sind die „Preisangaben“ in Arbeitseinheiten für Mahlzeiten zu niedrig; dies könnte leicht behoben werden. Andererseits könnte es sich um ein substantielles Allokationsproblem handeln. Wenn in den Kommuneküchen zu viel Arbeit im Verhältnis zur Nachfrage für Kommunemahlzeiten gebunden ist, ist eine Neuverteilung der Arbeitszeit in der Kommune erforderlich.

Unter der Voraussetzung der Vollbeschäftigung in der externen Ökonomie muss dies kein Problem sein. Die Kommune muss nicht notwendig als „Arbeitsbeschaffer des letzten Auswegs“ agieren, indem sie überschüssige Arbeit in ihren internen Aktivitäten aufsaugt und sollte es auch tatsächlich nicht tun, wenn sie die paritätische Arbeitseinheit aufrecht erhalten will.

Alle diese Argumente setzen voraus, dass die Kommune interne und externe Arbeit in der Buchführung als Parität behandelt. D. h. die Kommune hat entschieden, den Mitgliedern eine Arbeitseinheit pro Stunde gutzuschreiben unabhängig davon, ob sie innerhalb der Kommune oder in der nationalen Wirtschaft arbeiten. In diesem Fall sollte die Austauschrate Eins sein, und jeder anhaltende Druck weg von der Parität zeigt einen Fehler in der Buchführung oder in der Allokation der Arbeit an. Aber prinzipiell könnte die Kommune den Wert für externe Arbeit mehr oder weniger höher als für interne Arbeit ansetzen. Sagen wir, die Mitglieder einer bestimmten Kommune erklären sich damit einverstanden, dass externe Arbeit weniger attraktiv als interne ist und sehen es als gerecht an, einen Aufschlag für externe Arbeit zu bezahlen. Die Konsistenz erfordert, dass die Austauschrate für Arbeitseinheiten im Einklang steht mit der Rate, die für Buchführungszwecke verwendet wird, so dass, wenn die Kommune denkt, dass ein zehnpromtender Aufschlag auf externe Arbeit in Betracht käme, ein Mitglied, das eine Stunde in der nationalen Wirtschaft arbeitet, 1,1 Arbeitseinheiten gutgeschrieben bekäme und die Austauschrate für Umwandlungen 1,1 Arbeitseinheiten pro Arbeitsgutschein wäre. Da eines der Ziele der Kommune darin besteht, die geschlechtliche Arbeitsteilung abzubauen und die Vorstellung von menschlicher Gleichheit herstellen zu helfen, würden wir eine solche Politik nicht empfehlen; wir halten sie lediglich als Möglichkeit fest.

Verteilung der Aufgaben

Bei der Verteilung von Aufgaben könnten die Kommunen nach zwei Prinzipien vorgehen. In dem einen Fall hätten die Mitglieder fest zugeteilte Aufgaben. Die Kommune hätte Vollzeit-Wartungsarbeiter, Vollzeit-Köche, Vollzeit-Tagesmütter usw., und andere arbeiteten vollzeitig in der nationalen Wirtschaft. Im andern Extrem gäbe es eine Rotation von Aufgaben, so dass eine Person einen Tag als Tagesmutter, am nächsten als Gärtner und dann drei Tage in der nationalen Wirtschaft arbeitet.³

In beiden Möglichkeiten gibt es Vor- und Nachteile. Die Rotation der Aufgaben reduziert das Risiko, dass Leute auf bestimmte, geschlechtlich determinierte Rollen festgelegt werden, aber mit permanent festgelegten Aufgaben gewinnt man eine größere Professionalität in der Arbeit. Eine radikale Aufgabenrotation würde zu Einschränkungen der nationalen Ökonomie führen. Die Effizienz von Projekten der nationalen Ökonomie würde leiden, wenn man nicht damit rechnen kann, dass die Leute am nächsten Arbeitsag wieder erscheinen.

Der Rechtsstatus der Kommune

Kommunen dürfen Häuser und solche Produktionsmittel besitzen, die für die heimische Produktion geeignet sind. Dazu würden gehören: Ausrüstung für die Lebensmittelversorgung, Backstuben, Mischer, usw.. Außerdem könnten der Kommune leichte Transportmittel wie PKWs und Kleinbusse gehören. Wir gehen davon aus, dass sie Land von der nationalen Landbehörde pachten. Es ist ferner angebracht, dass die Kommunen das Recht haben mit öffentlichen Institutionen Verträge abzuschließen. Selbstverständlich können sie Verträge über die Bereitstellung von Arbeitskapazitäten für die nationale Ökonomie abschließen, aber auch über den Ablauf ganzer Projekte⁴, in denen kommunale Arbeit aufgewendet wird. Beispielsweise könnte eine Kommune die Milchzustellung für ein Stadtgebiet übernehmen und zu diesem Zweck Milchautos ausleihen.

Die öffentliche Ordnung der Kommune

Was die Struktur einer Kommune betrifft, sollte zumindest eine Behörde aufgebaut werden, die Leute zusammenbringt, die eine Kommune bilden wollen - eine Art „Heiratsbüro“. Darüber hinaus könnten öffentliche Fonds, insbesondere zur Ermutigung Kommunen zu bilden, eingerichtet werden. Sie könnten Bestände von Häusern in öffentlichem Besitz erhalten oder mit Krediten für den Bau neuer wunschgerechter Wohnhäuser ausgestattet werden. Steuerpolitik könnte Kommunen gegenüber Kleinfamilien begünstigen. Andererseits ist nicht klar, ob die Kommunen auf lange Sicht tatsächlich eines offiziell begünstigten Status bedürfen, wenn sie tatsächlich eine höhere substanzielle Effizienz gegenüber dem Familienleben erreichen und deshalb in der Lage sind ihren Mitgliedern einen

³Marx und Engels fassten diese Art Rotation ins Auge, als sie in *Die deutsche Ideologie* von einer kommunistischen Gesellschaft sprachen, in der es möglich ist „morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren ...“ (MEW 3, S.33)

⁴Für eine weitere Diskussion des Begriffs „Projekt“ und der Unterscheidung zwischen einem Projekt und einem herkömmlichen sozialistischen „Unternehmen“ siehe Kapitel 14.

höheren Lebensstandard zu bieten. Es könnte jedoch sein, dass eine sozialistische Regierung durch eine vorübergehende Politik der systematischen Begünstigung von Kommunen zum Experimentieren ermutigen und zur Überwindung eines in sozialer Hinsicht konservativen Denkens beitragen möchte.